

Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld, den 07.06.2011

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen
Herrn Norbert Frieling
Markt 8
48653 Coesfeld

Sehr geehrter Herr Frieling,

die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bittet Sie folgende Anträge in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 27. Juni aufzunehmen.

Weitere Ausweisung von Siedlungsflächen im Regionalplan

- Beschluss 1:** Die Verwaltung wird beauftragt die derzeitige Freifläche zwischen der Lindenallee und der Marienburg (oberhalb des Baugebietes Baakenesch) nicht als Siedlungsfläche im Regionalplan auszuweisen.
- Beschluss 2:** Die Verwaltung wird beauftragt das Baugebiet „Neumühle“ nicht als Siedlungsfläche auszuweisen beziehungsweise aus dem Regionalplan herauszunehmen.
- Beschluss 3:** Die Verwaltung wird beauftragt die derzeitige Freifläche im Südosten von Lette zwischen Kreuzstraße, Meddingheide und Coesfelder Straße nicht als Siedlungsfläche auszuweisen.

Begründung:

Die Phase des Bevölkerungswachstums gilt für das Münsterland – von einigen Ausnahmen abgesehen- als abgeschlossen. Für die Stadt Coesfeld wird bis zum Jahr 2025 (der zeitlichen Perspektive dieser Fortschreibung) ein Bevölkerungsrückgang von ca. 5 % prognostiziert. Die Ausweisung weiterer Wohngebiete ist angesichts vorhandener 170 freier Bauplätze, zuzüglich ca. 30 Plätze im Kulturquartier, zuzüglich Baulücken in den vorhandenen Wohnquartieren aus den 70er und 80er Jahren, nicht erforderlich.

Zu Beschluss 1

Die Fläche an der Marienburg wird von Haus-Hall als ökologisch bewirtschaftete Fläche für Obst und Gemüseanbau zur regionalen Vermarktung genutzt. Die Umstellung von konventioneller Bewirtschaftung auf ökologische Bewirtschaftung dauerte mehrere Jahre. Die Bio-Zertifizierung steht kurz vor dem Abschluss.

Auch vor diesem Hintergrund sollte hier von der Umwandlung der derzeitigen Freiraumfläche in eine Siedlungsfläche Abstand genommen werden.

Es wäre vielmehr zu überlegen, ob diese Fläche nicht als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen werden sollte.

Zu Beschluss 2

Das Baugebiet „Neumühle“ befindet sich größtenteils im Bereich der Berkelaue. Zum Schutze der Flusslandschaft mit seinen Gewässerschutzzonen und dem Erhalt von auentypischem Extensivgrünland sollte diese als Siedlungsfläche ausgewiesene Fläche herausgenommen werden.

Zu Beschluss 3

Die südöstlich von Lette gelegene Fläche wird landwirtschaftlich genutzt. Wir sehen vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs keinen weiteren Bedarf an Wohnbauflächen in Lette. Außerdem würde auch hier wieder weitere wertvolle landwirtschaftliche Fläche verschwinden.

Ausweisung von Gewerbegebieten

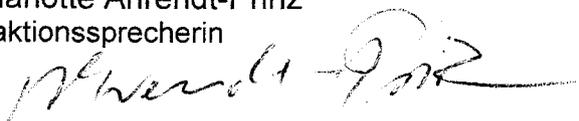
Beschluss : Die Verwaltung wird beauftragt keine weiteren Gewerbeflächen im Bereich Otterkamp auszuweisen.

Begründung:

Im „Industriepark Nordwestfalen“ sind die ersten guten Verkaufserfolge zu verzeichnen, aber es stehen für die nächsten Jahre noch viele Flächen für Interessenten zur Verfügung. Diese heißt es vorrangig zu vermarkten. Für eine weitere Gewerbeflächenausweisung im Bereich „Otterkamp“ sehen wir keinen Bedarf, zumal der „Industriepark Nordwestfalen“ ja als Alternative zu der Otterkampvergrößerung in den Gremien diskutiert und beschlossen wurde. Die Straße Letter Bülden sollte um nicht noch weitere wertvolle landwirtschaftliche Fläche zu verlieren als Abschlussgrenze des Gewerbegebietes festgeschrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen

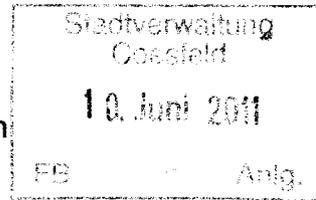
Charlotte Ahrendt-Prinz
Fraktionssprecherin



Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld, den 07.06.2011

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen
Herrn Norbert Frieling
Markt 8
48653 Coesfeld



Sehr geehrter Herr Frieling,

die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bittet Sie folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 27. Juni aufzunehmen.

Geplante Sandabgrabung im „Wahlers Venn“

Beschluss : Der Ausschuss spricht sich gegen die geplante Sandabgrabung im Gebiet „Wahlers Venn“ aus und beauftragt die Verwaltung diese Stellungnahme der Bezirksregierung mitzuteilen.

Begründung:

Das „Wahlers Venn“ ist Zentrum und Drehscheibe eines Biotopverbundes mit mehreren rund umliegenden Naturschutzgebieten.

Es ist eine Ackerflur mit hoher Artenvielfalt wie sonst im Kreis Coesfeld nicht ein zweites mal anzutreffen ist.

Arten wie Kiebitz, Wachteln und Feldlerche, die im übrigen Kreisgebiet großteils schon gänzlich verschwunden sind, kommen dort noch in relativ gutem Besatz vor.

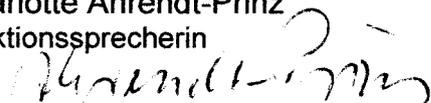
Leider ist auf Kreisebene in der Vergangenheit versäumt worden, trotz Beantragung durch den NABU, diesem Gebiet einen Naturschutzstatus zu verleihen.

Deshalb sind jetzt alle verfügbaren Maßnahmen zu ergreifen, dazu gehört dann auch die Stellungnahme der Stadt Coesfeld, um diese ökologisch wertvolle Ackerflur langfristig zu erhalten.

Auch der Landwirtschaft würde durch dieses überdimensioniertes Industrieprojekt eine Fläche von 160 ha entzogen.

Mit freundlichen Grüßen

Charlotte Ahrendt-Prinz
Fraktionssprecherin



Fraktion im Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld, den 07.06.2011

An den Vorsitzenden
des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen
Herrn Norbert Frieling
Markt 8
48653 Coesfeld

Sehr geehrter Herr Frieling,

die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN bittet Sie folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung am 27. Juni aufzunehmen.

Abschaffung der Windvorranggebiete

Beschluss : Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt die Abschaffung der Windvorranggebiete.

Begründung:

Ein zentrales Anliegen muss, mit Blick auf den Ausstieg aus der Kernenergie und den Ausbau der Alternativen Energien, der Ausbau der Windkraftanlagen, als „Repowering“ oder die Errichtung neuer Anlagen sein.

Wir können und dürfen den Ausbau der Windkraft nicht nur den großen Konzernen mit ihren geplanten Großprojekten in der Nordsee überlassen.

Ein weiterer dezentraler Ausbau ist von Nöten um größtmögliche Unabhängigkeit von den Konzernen zu erlangen. Energie muss vorrangig vor Ort mit kurzen Wegen erzeugt werden.

Wir Grüne sind in unserem Regionalplanworkshop zu dem Schluss gekommen, dass es sich bei den Windvorranggebieten eher um eine Verhinderungs- als um eine Ermöglichungsplanung handelt.

Wir treten daher für eine Abschaffung dieser „Windfelder“ ein, damit auf kommunaler Ebene, unter Berücksichtigung des Naturschutzes und der Nachbarschaftsinteressen, über den Ausbau der Windenergie beschlossen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Charlotte Ahrendt-Prinz
Fraktionssprecherin

